

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt: Tagesblatt Riesa.  
Gernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtbauverwaltung beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1550  
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 161.

Mittwoch, 14. Juli 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Untertrens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Neilsamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Freie Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Zwischen an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftskasse: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Geheimnisse der Wilhelmstraße.

Schon vor einer geraumen Zeit ging durch einen gewissen Teil der deutschen Presse die Nachricht, daß die Ententebotschafterkonferenz neue Forderungen, und zwar sehr scharf formulierte an die Wilhelmstraße hat gelangen lassen. Obgleich dieser Vermutung recht kräftig Ausdruck gegeben wurde, verstanden sich die Herren, denen die deutschen Geschicke anvertraut sind, nicht dazu, entweder ein Dementi oder eine Bestätigung dieser Gerüchte in die Welt zu setzen. Jetzt endlich, nachdem man sich im deutschen Volk recht weitlich den Kopf über diese Affäre zerbrochen hat, entschließt sich die Reichsregierung auszugeben, daß der Chef der interalliierten Militärkontrollkommission, General Walsh, an die deutsche Seereschiffbaukommission unter dem 2. und 3. Juli neue Forderungen gerichtet hat. Diese doch immerhin nicht unwichtige Neuigkeit erfährt man am 13. Juli. Etwas reichlich spät. Noch befremdender wird das Verhalten der maßgebenden Instanzen in der Wilhelmstraße, wenn man feststellen muß, daß dort keine Reklamation, irgend etwas Konkretes über den Inhalt der Forderungen, geschweige über ihren Wortlaut der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Diese Geheimnistuerei mutet recht seltsam an. Bezwinkt sie das deutsche Volk in kurzer Zeit vor vollendete Tatsachen zu stellen? Will man durch ein Verschweigen neuer unerlässlicher Forderungen das Aufkommen einer deutschen Empörungswelle beschwichtigen, um so ungeschickter — nachgeben zu können? Wir wissen es nicht. Doch wir glauben, daß der Zeitpunkt jetzt wirklich gekommen ist, die Wahrheit zu erfahren. Das deutsche Volk ist müde. In den langen Jahren des Glanzes, seiner Verarmung, Verfallung und politischen Ohnmacht hat es wahrlich gelernt, unangenehme Wahrheiten und Schlägen ins Gesicht zu schauen.

Immerhin, sicherlich zum Leidwesen der Reichsregierung, es gibt Kanäle, die immer etwas aus den geheimsten politischen Kabinettsakten in die Öffentlichkeit zu fragen wissen. So hat man auch Vermutungen über den Inhalt der neuen Ententebedingungen, die der Wahrheit wohl nicht fern sein dürften. So glauben wir jagen zu können, daß sich der Vorstoß der interalliierten Militärkontrollkommission in erster Linie gegen die Stellung des Generals von Seede richtet. Wir wissen, daß schon einmal auf Grund einer Demarche unserer Gegner die Stellung des General von Seede auf dem Wege einer „Interpretation“ des Reichsvertrages mit einer sehr merkwürdigen Auffassung der in Frage kommenden Bestimmungsvorschriften lediglich durch eine Regierungsverordnung eingeschränkt worden ist. Man hat sich bei der Beurteilung dieser Angelegenheit daran zu erinnern, daß die Stellung eines Chefs der Seereschiffbaukommission auf Grund von Erfahrungen geschaffen wurde, die unsere Republikländer mögen es sich ins Notizbuch schreiben, — der Rapp-Buchsch gelehrt hat. In den damaligen Wirren machte sich das Fehlen einer obersten militärischen Instanz sehr merkwürdig fühlbar. Jeder General stand damals vor der Aufgabe, nach eigenem Gutdünken, eigener Einstellung zu den Dingen und eigener Gewissenhaftigkeit zu handeln. Daß man daher aus rein staatspolitischen Erwägungen sich entschloß, eine solche oberste militärische Instanz zu schaffen, ist verständlich und begründet in der Notwendigkeit, die Autorität eines Staatswesens, gleichgültig welche Form sie hat, zu schützen. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß das Amt des Generals von Seede mit den Bestimmungen, wie sie der Versaillescher Schandvertrag über die Abrüstung vorsieht, nicht das geringste zu tun hat. Unseres Erachtens müßte es daher die selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung sein, den staatspolitischen Notwendigkeiten den Vorrang zu geben, das heißt, die neue Humung, die zu erfüllen wir nicht verpflichtet sind, energisch zurückzuweisen.

Der neue Ententevorstoß soll jedoch, wie wir zu glauben wissen, noch andere Forderungen enthalten. Sie richten sich in der Hauptsache gegen die angeblichen „Waffenkunde“ der preussischen Polizei und dann auch gegen den Reichswehrstat, der längst beschaffen ist und als er aufgestellt wurde, zu keinem Bedenken Anlaß gab. Da das lächerliche Märchen der Sebering'schen „Waffenkunde“ längst aufgeföhrt ist und auch der Reichswehrstat sich den Anordnungen des Versailleser Friedensvertrages anpaßt, so ergibt sich von selbst die Sinnlosigkeit und Unberechtigung dieses letzten Ententevorstoßes. Aber er wird seinen Grund haben. Die leidigen Militärkontrollkommissionen hätten jetzt nach Locarno ihre Existenz verloren. So werden also die Franzosen die neue Grundlage aufzubauen haben, die ihre löbliche Lebensgeföhre verlängert. Ob die Reichsregierung diesen Bemühungen Hilfe leisten wird?

## Daily Chronicle zur Note der Botschafterkonferenz.

London. (Funktspruch.) Der Berliner Korrespondent der Daily Chronicle schreibt: Die von der überflüssigen alliierten Kontrollkommission dem Reichskommissar für Entenungsfragen überlieferten Noten betreffen 3 Punkte: Militärische Ausbildung, Benutzung von Panzerwagen und die Stellung des Generals von Seede. Die zwei ersten Punkte sind ganz unwichtig und der dritte sei wahrhaft lächerlich. Die Alliierten haben stets darauf bestanden, daß die deutsche Armee keinen wirklichen Oberbefehlshaber besitzen

dürfte. Daraufhin ist von Seede's Stellung abgeändert worden. Jetzt wird verlangt, daß das deutsche Heer doch einen wirklichen Oberbefehlshaber besitzen müsse, daß dieser aber nicht der General von Seede sein dürfe. Der Korrespondent sagt: Dieser Untun dürfte lediglich die Reaktionen und Monarchisten in Deutschland und man brauche sich nicht darüber zu wundern, daß die ganze deutsche Presse dieses Vorgehen der Kommission als ungeheuerlich betrachte.

## Errichtung der Deutsch-Amerika-Stiftung.

Berlin. (Funktspruch.) Auf Grund des vom Central Committee für die Relief of Distress in Germany an Austria in New York gefassten Beschlusses, die eigentliche Sammelstätte einzurichten und aus den Mitteln eine Stiftung zu errichten, die den Notleidenden der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland langfristige Darlehen in kritischen Augenblicken gewähren soll, fand im Hause der freien Wohlfahrtspflege eine Sitzung statt, in welcher der Vorsitzende des Liquidationsausschusses des Central Committee des Präsidenten der deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege einen Eed von über 7000 Dollar über das als Grundkapital der Stiftung, die den Namen „Deutsch-Amerika-Stiftung“, ein Central der Heimatliebe und Opfer, welche die Deutsch-Amerikaner in schwerer Zeit durch Vermittlung des Central Committee dem deutschen Volk brachten.

Grat Versehen dankte herzlich und gedachte der aufopferungsvollen Tätigkeit des Central Committee für die notleidende deutsche Bevölkerung.

## Die Provokation von Germersheim.

Berlin. An amtlicher Stelle eingegangene Nachrichten, die allerdings noch der Nachprüfung bedürfen, behaupten, daß die Vorgänge in Germersheim auf Provokationen französischer Soldaten zurückzuführen sind, und daß offenbar eine absichtliche Störung vorgelegen hat. Dem Bürgermeister war seitens des Kommandanten ausgesetzt worden, daß das Militär während des Festes kaserniert werden sollte. Das ist aber nicht geschehen. Schon am Bahnhof hatten sich vier Kompanien mit Speisewagen aufgestellt, angeblich zu einer Übung. In dem Festzug drängte sich eine Abteilung Soldaten, ebenso drängten sich französische Soldaten auf den Festplatz, auf dem sie nicht zu stehen hatten. 22 deutsche Flaggen wurden abgerissen, ebenso eine Anzahl von Girlanden. Nachher wurden umgehoben und dergleichen mehr. Der stellvertretende Stadtkommandant hat sich wegen der Ausföhrungen beim Bürgermeister entschuldigt.

## Deutscher Protest wegen Germersheim.

Berlin. Die B. J. meldet, der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Freiherr Langewert von Simmern, hat unmittelbar nach Eintreffen der amtlichen bayrischen Darstellungen über die Vorfälle von Germersheim mit der Rheinlandkommission Fühlung genommen. Er hat um Aufklärung gebeten und die Befragung der schuldigen Militärpersonen gefordert. Ein Antwort hat der Reichskommissar bisher von der Rheinlandkommission nicht erhalten.

## Sin französisches Flugzeug abgefürt.

3 Insassen verbrannt.

Käruberg. Gestern abend kurzte in der Nähe des Flugplatzes Fürt ein französisches Flugzeug, das aus bisher unbekanntem Grundes Feuer gefangen hatte, brennend ab. Der Flugzeugführer und der Beobachter konnten sich durch Abspringen retten, verletzten sich jedoch derart, daß sie ins Fürtler Krankenhaus überführt werden mußten. Zwei weitere Insassen des Flugzeuges, das von Paris über Frankfurt, Käruberg nunmehr die Reise nach Prag fortsetzen wollte, verbrannten.

Käruberg. Die von unbekannter Seite verbreitete Nachricht, daß es sich bei dem am Dienstag abend abgefürtten Flugzeug in der Nähe des Flugplatzes Fürt um eine Maschine des Internationalen Luftverkehrs handelte, trifft nicht zu. Die vernichtete Maschine war, wie Sachkente einwandfrei feststellten, ein Typ eines militärischen bez. Kampfflugzeuges und mit allen technischen Einrichtungen versehen, die es zu einem solchen Kempte. So fand man u. a. ein verletzbares Pivot für das Maschinengewehr und die Trommel für die Aufnahme der Maschinengewehrmunition, ebenso sämtliche Instrumente für die militärische Beobachtung, jedoch keine Armierung. Hersteller ist die Firma Loire und Piloter in Besaols-Verret, a. d. Seine. Das Flugzeug war ein Doppeldecker mit zwei Propellern und zwei Motoren rechts und links zu je 420 PS. und 1700 Touren und Prellluftanlage. Breite 26,5 Meter, Länge 18,10 Meter, Höhe 2,10 Meter. Das Eigengewicht wurde mit 2916 Kilogramm festgestellt, das Gesamtgewicht einschließlich Nutzlast, Besatzung und Benzin und Öl beträgt 4800 Kilogramm. Die Motoren waren ein Ergebnis der Firma Gnom und Rhodet, Typ Jupiter 9 A. B. Aus den Mitteilungen der Flieger war zu entnehmen, daß auf dem Flugplatz Fürt eine Smanalung infolge Benzinmangel vorgenommen worden war. Zwei Flugkente war der direkte Bestimmungsort Belgrad mit Zielrichtung Konstantinopel. Der Beobachter im Flugzeug, ein Meteorologe Val von der Flugweiterwarte in Paris gibt an, daß im Auftrage der französischen Regierung ein Probeflug von Paris nach Konstantinopel ausgefürt und daß nach

erfolgt Abnahme die Maschine dem internationalen Verkehr dienen sollte.

Diese Angaben waren zweifellos unrichtig, da aus der Konstruktion niemals ein Verkehrsflugzeug gebaut werden kann. Man geht kaum fehl in der Annahme, daß es sich um einen neuen Typ eines französischen Kampfflugzeuges handelt, das lediglich militärischen Zwecken dient, umso mehr, als der hier befindliche Flugkente keineswegs in Ordnung ist. Der Flugzeugführer De Lamode, der beim Abfürt herausgeschleudert wurde, erlitt nur geringe Hautabföhrungen. Der Beobachter Val zeigte Verbrennungen zweiten und dritten Grades im Gesicht und an beiden Händen. Lebensgeföhre besteht bei beiden nicht. Die Namen der beiden Toten konnten noch nicht festgestellt werden.

Käruberg. (Funktspruch.) Das bei Fürt abgefürtte französische Militärflugzeug ist ein Doppeldecker mit zwei Motoren von je 420 Pferdekraften. Der Führer de Lamode erlitt leichtere Verletzungen am Kopfe und einige Fleischwunden, der Beobachter Val trug infolge Erschöferens des Benzinankers schwere Brandwunden davon. Bei beiden besteht keine Lebensgeföhre. Die beiden Deschener wurden, wie gemeldet, unter den Trümmern begraben und sind verbrannt.

## Reichsratmitglieder in Marienburg.

Marienburg. Die auf einer Studienreise durch Ostpreußen begriffenen Bevollmächtigten zum Reichsrat sind gestern hier eingetroffen. Nach einem Rundgang durch die Burg erfolgte im Großen Remter eine Begrüßung der Herren durch den Vizepräsidenten Dr. Gerdt, der im Auftrage des preussischen Staatsministeriums und in Vertretung des Oberpräsidenten die Gäste auf Ostpreußens Boden willkommen hieß. Er betonte, daß, wie die Marienburg ein Heiligtum aller Deutschen geworden ist, so die Sache Ostpreußens, früher, jetzt und für alle Zeiten eine Sache des ganzen deutschen Reiches sei, und führte weiter aus, Ostpreußen leide unter der Trennung vom Vaterlande wirtschaftlich und finanziell schwer, noch mehr aber moralisch und feilsch. Mühe eini wieder eine Zeit kommen, in der Deutschland erneut ein Ostpreußen schaffe, wie es der Ordensstaat war: verbunden mit dem Vaterlande, gesichert in seinen Grenzen, blühend und groß. — Den Dank der Herren sprach der Bevollmächtigte Bannus, Gefandter Dr. v. Preger, aus, der hervorhob, daß die Mitglieder des Reichsrates der Einladung Ostpreußens gern gefolgt seien, und dann erklärte, es müße dazu beigetragen werden, dieses schwer gefährdete Gebiet zu kärten, und darüber hinaus eine geistige Brücke zu schlagen zwischen dieser abgeschnürten Provinz und dem Mutterlande über den unmöglichen Korridor hinweg. Nach Bornaahme einiger Besichtigungen in Marienburg begaben sich die Herren zu den gleichen Zwecken nach Elbing, von wo dann nachmittags die Weiterreise nach Königsberg erfolgen wird.

## Beurlaubung des tschechischen Generalkassiers.

Prag. (vom Vertreter des B.Z.) Mit der tschechischen Beurlaubung des tschechischen Generalkassiers Ganda befaßt sich nach wie vor die tschechische und deutsche Presse. Die „Bohemia“ meldet, daß Ganda weder auf seinen bisherigen Posten, noch in den Generalstab selbst, zurückkehren werde. Von dem Ergebnis der Erhebungen des Ministeriums für Nationalverteidigung werde es abhängen, ob er weiterhin überhaupt dem Heer angehören werde. Das gutunterrichtete tschechische Kanarblatt, der „Brüner Tagesbote“ erfährt, daß die Entföhrung Gandas von dem Posten des Generalkassiers auf den ausdrücklichen Wunsch des Marschalls Hoch zurückzuführen sei, der Ganda für die Stellung eines Generalkassiers nicht für geeignet erachte. Eine überaus scharfe Sprache führt das tschechische Kanarblatt „Moravka Delice“ gegen die Entföhrung Gandas. Das Blatt erklärt, Ganda sei befreit worden, weil er sich dem gemäßigteren Plan der Sozialdemokratie nach Aufstellung einer sozialistischen Diktatur entgegengestellt habe. Wenn die Sozialdemokratie den Bürgerkrieg wolle, so nähmen die tschechischen diese Herausforderung an.

## Sechs Millionen

### für Milderng der Arbeitslosigkeit.

Münster (Westfalen). Die Landesbank in Münster hat aus eigenen Mitteln zur Milderng der Arbeitslosigkeit 6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag soll unter Mitwirkung der Regierung für Notstandsarbeiten der westfälischen Kommunen verwendet werden, wobei solche Fälle bevorzugt werden sollen, bei denen die Regierung „verstärkte Forderung“ anerkannt hat.

## Pläne zur Hebung der österreichischen Landwirtschaft.

Wien. Die Neue Freie Presse schreibt unter dem Titel: Neue große Produktionssteigerungspläne der österreichischen Landwirtschaft: Die Konferenz der landwirtschaftlichen Hauptförerverbände hat den Bundesminister für Landwirtschaft ersucht, beim Finanzminister die Freigabe größerer Investitionssummen für Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft anzufordern. Den Kernpunkt des Programms bildet das Projekt der Rekolonisation und Kultivierung von insgesamt 12 000 Hektar Land in einem Jahre.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade  
Riesa a. Elbe. Formel 48.